NETZTELEGRAMM

Informationen des Ökumenischen Netzes Rhein · Mosel · Saar

März 2009 www.oekumenisches-netz.de

Liebe LeserInnen,

mit der Verabschiedung des beiliegenden Migrationspapiers schloss die Mitgliederversammlung des Netzes einen zweijährigen Diskussionsprozess ab. Gerne möchten wir mit unseren Mitgliedern und ihren Gremien ins Gespräch zu Fragen von Migration und Flucht kommen.

Mit dem Ziel, gemeinsam Handlungsspielräume für die Solidarität mit Flüchtlingen auszuloten, können Sie gerne Mitglieder des Netz-Vorstands zu einem Gespräch auf der Grundlage des Papiers „Überlegungen zu Migration und Flucht" einladen. Anfragen richten Sie bitte an das Netzbüro.

Hinweisen möchte ich schon hier auf die zwei Termine der Netzversammlungen im Jahr 2009: Samstag, der 6. Juni, und Samstag, der 21. November, jeweils ganztägig.

Eine gute Lektüre,

Sabine Ferenschild

Inhalt

Tafelfreuden 1

Kommentar aus dem Süden 4

Papier zu Migration und Flucht verabschiedet 5

Mitglieder stellen sich vor 6

Nachrichten aus der Region 6
- Save me Kampagne Neuwied 6
- Gaza – Kein Frieden möglich? 7

Termine 7

Nein zur NATO! 8

Tafelfreuden. Bericht aus der Hinterwelt der Warenwelt

von Günther Salz

Im Februar 2009 beschäftigte sich das Sozialforum Koblenz mit der Tafelbewegung, die in immer mehr Kommunen lokale „Tafeln" zur Versorgung Bedürftiger mit notwendigen Lebensmitteln organisiert. Seinen kritischen Blick auf die Tafelbewegung stellt der Referent beim Sozialforum, Günther Salz (Kath. Arbeitnehmerbewegung Bistum Trier), hier auch schriftlich zur Verfügung.

„Machen Sie weiter so, Sie sind unverzichtbar!"

„Ich bin davon überzeugt, dass unser Land menschlicher, ideenreicher und sogar effektiver wird, wenn sich Zivilgesellschaft und auch die Unternehmen engagieren."

„Als LebensMittler wollen wir...diesen Menschen helfen und eine Perspektive geben."

„Ich hätte nie gedacht, dass ich einmal so etwas in Anspruch nehmen muss."

„Wenn es euch nicht gegeben hätte, hätten wir diesen Monat hungern müssen."

„Ich komme mir vor wie der letzte Penner!"

Dies sind einige Zitate und Schlaglichter aus der schönen neuen Welt bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland. Womit die bürgerliche Wohlfahrtspflege Mitte des neunzehnten Jahrhunderts als „freie Liebesthätigkeit" begann und was sich in den Blütezeiten des fordistischen Sozialstaates weitgehend verflüchtigt hatte, ist heute wieder en vogue:

Die Rede ist von der „Tafelbewegung", die 1993 in Berlin mit Sabine Werth im Wohnungslosenbereich ihren Anfang nahm, sich zuerst in den Großstädten etablierte und inzwischen auch im „flachen Land" fast überall zu finden ist.

Von Tafeln und Armut

Kein Landkreis, keine Stadt ohne Tafel – so scheint es; 35.000 ehrenamtliche Helfer, etwas mehr als 800 Tafeln, die zehntausende Tonnen an Lebensmitteln an

Tafeln für Bedürftige leiden unter Wirtschaftskrise

Mainz Die Schwachen trifft es am ehesten: Die Tafeln für Bedürftige im Land bekommen die drohende Wirtschaftskrise nach einer Umfrage der Deutschen Presse-Agentur dpa bereits zu spüren. «Wir bekommen momentan leider viel weniger angeliefert», sagt der stellvertretende Leiter der TRIERER Tafel, Bernhard Maack. Vor allem bei teuren Produkten wie Wurst, Käse und Joghurt sei «längst nicht mehr die Fülle da» wie früher. «Firmen kaufen jetzt weniger ein. Dann bleibt auch weniger übrig», sagt Maack. Zudem gingen Läden verstärkt dazu über, fast abgelaufene Produkte billiger zu verkaufen - statt sie, wie vorher, der Tafel zu geben.

dpa-infocom. Rhein-Zeitung 22.11.08

1 Million Bedürftige jährlich ausgeben – das ist die stolze Leistungsbilanz des „Bundesverbandes der Tafel e.V.“.

Er hat sich zur Aufgabe gemacht, qualitativ einwandfreie Nahrungsmittel, die im Wirtschaftsprozess nicht mehr verwendet werden können, entweder direkt an Bedürftige oder indirekt über Einrichtungen an diese zu verteilen.

Die „Vertafelung“ der Soziallandschaft hat ihre Gründe: Die Zahl armer Menschen ist hierzulande seit den neunziger Jahren stetig gestiegen. Waren es laut erstem Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung 1998 noch 12,4% - davon 1,1 Millionen sozialhilfebedürftige Kinder - so sind es gemäß 3. Armutsbericht der Bundesregierung vom Sommer 2008 (Bezugsjahr 2005) je nach Datenbasis zwischen 10 Millionen (13%) und 14 Millionen (18%) Menschen, darunter knapp 3 Millionen Kinder. Dazu gehören insbesondere Langzeitarbeitslose, Alleinerziehende, MigrantInnen, NiedriglöhnerInnen, unterstützte RentnerInnen und (Groß-)Familien mit ihren Kindern. Die allgemeine Prekarisierung der Arbeits- und Lebenswelt zeigt ihre Folgen. Alle genannten Gruppen, insbesondere Hartz IV-EmpfängerInnen incl. sog. „Aufstocker“, geringverdienende Arbeitnehmer, ältere Menschen und Familien sowie traditionelle Armutsgruppen (Wohnungslose, Suchtabhängige, Brennpunktbewohner und Sozialhilfeempfänger) sind heute die „KundInnen“ der Tafeln.

Wenn man das Wachstum der Tafelbewegung näher betrachtet, fällt auf, dass sich ihre Zahl mit Übernahme der Regierungsverantwortung durch die rot-grüne und später schwarz-rote Mitte enorm vergrößert hat.

Insbesondere seit der Zusammenlegung von Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe zum SGB II („Hartz IV“) ab 1. Januar 2005 verzeichnen die Tafeln wachsenden Zulauf. Die generell zu niedrig angesetzten Regelsätze, verbunden mit der Kürzung des Regelsatzes für Schulkinder um ca. 15% sowie die Abschaffung der Einzelfallhilfen treiben die LeistungsempfängerInnen in hochprekäre Lebenslagen.

Schutzschirm für die Armen

Doch wo die Not am größten, ist die Hilfe am nächsten: Während die Lebensrisiken privatisiert (Stichwort „Eigenverantwortung“) und die „menschenwürdige Hilfe“ aus dem SGB II gestrichen wurde, ist im Rahmen der AGENDA-Politik das größte ppp-Projekt (public-privat-partnership) der Nachkriegsgeschichte angelaufen: Unter Beratung von Mc Kinsey haben sich die Tafeln eine semiprofessionelle (Vereins)Struktur mit eingetragenem Tafel-Logo und einer eigenen Zeitschrift („Feed-back“) gegeben. Metro mit REWE, Penny, Toom, Extra-, real- und Cash&Carry-Märkten, Schwarz mit Lidl und Kaufland, Aldi-Süd, Kaufhof, Edeka, Tengelmann, Maggi, Wagner, Bahlsen, Bofrost u.a. spenden tonnenweise Lebensmittel, die sie nicht mehr verkaufen können oder wollen.

Entwicklung der Tafelbewegung

1998	100
2001	300
2004	400
2005	540
2006	630
2008	808

Daimler verkauft verbilligte (Kühl-)Fahrzeuge, ADAC stellt Pannenhilfe und Versicherungsleistungen, Continental die Reifen, Vodafone erlässt Handygebühren, Gruner und Jahr schaltet kostenlos Anzeigen, Kirchhoff-Consult AG betreut das „Feed-back“, die Hotelkette ibis gewährt Sonderkonditionen, Guide-Com schaltet kostengünstig den Internetauftritt, D+Seurope übernimmt Call-Center-Leistungen, General Overnight Service den Paketversand und Frau von der Leyen (in der Nachfolge von Renate Schmidt) die Schirmherrschaft.

Da soll noch einer meckern, dass kein Schutzschirm über die Armen aufgespannt würde. Bei soviel bürgerschaftlicher Solidarität, reichlichem Segen der Kirchen und ausgiebiger politischer Unterstützung ist doch alles in Butter – oder?

Aber wie sieht die Tafelbewegung von innen aus? Wie arbeiten ihre Betreiber? Wie geht es ihren „KundInnen“?

Die Tafelbewegung von innen

Zur Bearbeitung dieser Fragen greife ich auf rheinland-pfälzische Erfahrungen zurück.

Inzwischen existieren in Rheinland-Pfalz 44 Tafeln mit mehr als 50 Ausgabestellen. Etwa die Hälfte gehören den Wohlfahrtsverbänden und einige Tafeln den Kirchen an. Der große Rest wird von freien Vereinigungen gestellt. Daneben gibt es noch einzelne kirchengemeindliche Initiativen, wie z. B. „Antonius-Körbe“ oder „Brotkörbe“. Überwiegend arbeiten die Tafeln ehrenamtlich; z. T. werden sie von hauptamtlichen MitarbeiterInnen der Verbände und Kirchen begleitet. Zur Vermeidung von Konkurrenz können neue Tafeln wegen des Gebietsschutzes der bestehenden nur mit Einverständnis des jeweiligen Ländervertreters aufmachen.

Neben den örtlichen Lebensmittelanbietern und –händlern stellen die großen Lebensmittelkonzerne, insbesondere Lidl, die überschüssigen Nahrungsmittel zur Verfügung.

Damit diese an die „KundInnen“ gelangen, sind dichte örtliche und überörtliche Ehrenamts-Netzwerke entstanden. Ehrenamtliche Fahrer holen – z. T. mit dem eigenen PKW – die Lebensmittel ab, bringen sie zu den Tafeln, sortieren diese nach verwendungsfähigen und unbrauchbaren „Waren“ und geben diese zu bestimmten Zeiten und unter Beachtung bestimmter Regeln an die Bedürftigen ab. Zu den Regeln gehört, dass niemand „einfach so“ in den Genuss der Tafel-

Beteiligen sich am „Schutzschirm für die Armen“: Bundespräsident Köhler und seine Frau sowie der Vorstandsvorsitzende der REWE Group, Alain Caparros (r), übergeben symbolisch einen Korb mit PENNY-Lebensmitteln an Gerd Häuser, Vorstandsvorsitzender des Bundesverbands Deutscher Tafeln.

Quelle: REWEGroup

spenden kommt. Man muss sich beim ersten Besuch (und dann regelmäßig wieder) als EmpfängerIn von Sozialhilfe, Hartz IV, Renten oder Niedriglohn ausweisen. Dadurch wird die bereits behördlich praktizierte Bedürftigkeitskontrolle dupliziert. Oft bilden sich lange Warteschlangen, die bis auf die Straße hinausreichen. Deshalb sehen manche Tafeln versetzte und mehrmalige Lebensmittelausgaben vor. Manchmal gibt es regelrechte „Verteilungskämpfe“ unter den Wartenden, wenn die Ausgabezeit oder das Warenangebot zu Ende gehen.

Zum Beispiel Koblenz

Die Koblenzer Tafel z. B. wird von einigen örtlichen Geschäften und Betrieben beschickt; größere Mengen erhält man über die zentrale Verteilungsstation von Lidl im Neuwieder Industriegebiet. Man besitzt vier Fahrzeuge, die allesamt über Spenden finanziert werden. Um die logistischen Anforderungen zu bestehen, braucht man daneben sofort einsatzbereite Kräfte: Wenn z.B. das Verteilungszentrum von Lidl anruft und eine oder mehrere Paletten von Lebensmitteln zu einem bestimmten Zeitpunkt anbietet, dann müssen diese pünktlich abgeholt werden. In der Koblenzer Tafel werden die Lebensmittel dann zu Tüten zusammengestellt, für die die „KundInnen“ einen Euro bezahlen müssen. Mit diesen Einnahmen werden Sachkosten bestritten.

Armenspeisung in Berlin 1924
Quelle: Bundesarchiv, Bild 183-R38586

Tafel-Bürokratie

Als Verteilungskriterium gilt die Stufe der Bedürftigkeit: So werden ALG II-EmpfängerInnen mit Abzügen vom Regelsatz (z. B. für Energiekosten, Darlehen usw.) vordringlich bedient. Erst dann sind die regulären ALG II-Empfänger an der Reihe. Hierfür lässt man sich einen Bescheid vorlegen. Auf der Grundlage dieses Bescheides erhalten die „KundInnen“ eine Bezugskarte für die Dauer von drei Monaten. Diejenigen, die in dieser Zeit nicht zum Zuge kommen, setzt man auf eine Warteliste, um diese dann nach Ablauf der dreimonatigen Wartezeit vordringlich zu behandeln.

Um Missbrauch zu vermeiden, werden Kunden- bzw. Besucherkarteien geführt. Bisweilen erhalten die „KundInnen“ auch Buttons, wodurch die Personenzahl, die der einzelne Besucher repräsentiert, erkenntlich ist (je größer die Familie, um so größer die „Einkaufspakete“). Manche „KundInnen“ versuchen ihr Warensortiment qualitativ dadurch aufzubessern bzw. zu strecken, dass sie empfangene Waren mit abgelaufenem Haltbarkeitsdatum wieder dort umtauschen, wo es herkam: beim örtlichen Supermarkt. Um diesen „Missbrauch“ zu verhindern, stempeln manche Tafeln ihre ausgegebenen Waren einzeln ab.

Generell hängt das Warensortiment von der Spendenbereitschaft und Mengendisposition der Lebensmittelhändler ab. Die kann sehr unterschiedlich sein, so dass mal große Mengen von z. B. Salat und Eiern oder Kartoffeln und Joghurt oder Fleisch und Obst oder sonstigem anfällt. Da hierdurch ein ausgewogenes Nahrungsmittelangebot nur schwer zu realisieren ist, sind manche Tafeln dazu übergegangen, fehlende Waren nachzukaufen. Einzelne Verbände bieten bereits Kochbücher für arme Leute an, die u.a. auf die Zielgruppe der Tafelkunden zugeschnitten sind. (Diese sind ihrerseits gezwungen, ihren Speiseplan nicht nach ihren Vorlieben, wie es ansonsten jedeR KonsumentIn tut, sondern nach dem jeweiligen Tafelangebot zusammen zu stellen.)

Ein großes und ständiges Problem ist der Umgang mit den verbleibenden, nicht verwertbaren Nahrungsmitteln. Denn mit der Abgabe ihrer Überschüsse sind die Lebensmittelspender auch die Entsorgungsprobleme und -kosten los. Das gehört zum „gentlemen-agreement“.

Also suchen die Tafeln örtliche Abnehmer für den biologischen Restmüll oder geben schon einmal halb Verdorbenes für die Haustiere der Kunden ab. Das Verbleibende kommt in die Bio-Tonnen, für die z. T. stattliche Gebühren bezahlt werden müssen. So streitet man da und dort mit der jeweiligen Stadt- oder Kreisverwaltung darum, dass die „öffentliche Hand“ die Entsorgungskosten übernimmt, da man ja eine öffentliche Aufgabe (!) erfülle ...

Sozialpolitische Bewertung

Auf die geschilderte Art und Weise ist eine regelrechte Verwertungsindustrie mit eingebauter Befriedungsfunktion entstanden, die ihre eigenen, bisweilen bizarren Gesetze entwickelt. Sie macht hilfebedürftige Menschen zu rechtlosen Almosenempfängern. Sie macht deutlich, dass kapitalistischer Reichtum Armut nicht verhindern kann.

Im Gegenteil: Die Tafelbewegung legitimiert den durch die Ausbeutung der Vielen angehäuften Reichtum der Wenigen. Sie soll die Kluft zwischen arm und reich symbolisch und praktisch schließen. Sie bildet den Kitt zwischen denen, denen es (noch) leidlich gut geht, den „virtuellen Paupern“, die ihre eigene Prekarität ahnen (aber u. a. durch Hilfe verdrängen) und denen, die „faktische Pauper“ und „fast ganz unten“ (Selke) sind.

Armenspeisung in Berlin 2007
Quelle: Rewe Group

Die Tafelbetreiber hinterfragen in der Regel nicht den Reichtum von Lidl, Aldi und Co., der u.a. auch mit Bespitzelungsmethoden und prekären Arbeitsverhältnissen erworben wird. Sie problematisieren nicht, wieso trotz permanenter Lebensmittel-Überproduktion viele Menschen unter- oder fehlernährt sind und oft einfach hungern. Die Tafeln stabilisieren dadurch Armut und verhindern ihre entschiedene Bekämpfung. Sie lassen sich von Konzernen und Politik instrumentalisieren.

Doch das sind nicht die Einschätzungen der Akteure vor Ort; sie wollen schlicht helfen, um Essen dorthin zu bringen, „wo es hingehört“, wie es im Werbespruch der Tafeln heißt. Allenfalls der Bundesverband kritisiert die Armutsentwicklung öffentlich, ohne aber von seinem Hilfe-Eifer abzulassen.

Mit dem Engagement der Tafelträger und -beschäftigten entwickelt sich ein Arme-Leute-„Markt“, eine „Zone der Entkoppelung und Deklassierung“ (Castel), die kein echter Markt sein kann. Da hilft es auch nicht, sich „Berufsbekleidung“ anzulegen und den „Kunden“ einen symbolischen Preis für die „Waren“ abzunehmen, damit diese sich als „Käufer“ fühlen können. Erst recht entsteht dadurch nicht das, was man hierdurch zu retten glaubt: menschliche Würde. Im Gegenteil hilft man kreativ und effizient eine Parallelwelt aus Tafeln, Kleiderkammern, Suppenküchen, Wärmestuben, Sozialkaufhäusern und Second-Hand-Läden zu etablieren, in der die Elendserscheinungen kongenial und synergiehaft zusammen laufen. Hier werden z.B. 1 Euro-Jobber mit ihren öffentlich-rechtlichen Sonderarbeitsverhältnissen angestellt, die z. T. vormals „Kunden“ waren und „entlohnt“ sie zusätzlich mit Naturalien. Hier werden sanktionierte Leistungsbezieher, denen man die Unterstützungsgelder gestrichen hat, hingeschickt. So geschehen im Falle eines nicht anerkannten, aber geduldeten Asylbewerbers, dem man neben einigen wenigen Sachleistungen, wie Toilettenpapier und Reinigungsmitteln, nur noch 1,50 ff wöchentlich in bar zur Versorgung bei einer Tafel gewähren wollte.

Auf Grund der Verelendung und zahlreicher Konflikte zwischen ARGEn und Langzeitarbeitslosen verweisen die Beratungsstellen der Wohlfahrtsverbände beinahe automatisch an die Tafeln, wo auch die ARGEn ihr Einsatzgebiet für die zu aktivierenden Langzeitarbeitslosen finden. Gerhard Schröder hat mit seinem Konzept einer „modernen Zivilgesellschaft“ sein Ziel erreicht: Mit der „Armut per Gesetz“ ist ein kompensatorisches Partnerschaftsprojekt von Staat und Gesellschaft entstanden, dass die Hilfsbereitschaft in der Bevölkerung zu nutzen und von den Ursachen der Elendsentwicklung abzulenken weiß. So konnte er sich bereits am 10. Jahrestag der Tafelbewegung 2003 freuen: „Die Tafelbewegung in Deutschland setzt ein kräftiges Zeichen: Lebensmittel, die nicht mehr gebraucht oder nicht auf den Markt gebracht werden können, werden nicht vernichtet, sondern Menschen zur Verfügung gestellt, die sie bitter nötig haben. Das macht die Tafeln zu einem ermutigenden Beweis für Solidarität in unserem Land.“

Wenn das keine kluge, ganzheitliche Politik ist!

Literatur

Stefan Selke: Fast ganz unten. Wie man in Deutschland durch die Hilfe von Lebensmitteltafeln satt wird, Münster 2008

Ein Kommentar aus dem Süden

Wir sind es gewöhnt, in unseren Medien Kommentare zu Entwicklungen in Ländern des Südens zu hören. Zur Diskussion über die Tafelbewegung im Sozialforum Koblenz erreichte uns ein Kommentar des International Languages Training Centre aus Mwanza / Tansania (ILTC). Das Institut führt Sprachkurse, Alphabetisierungskurse und Interkulturelle Lernprogramme für Tansanier und Ausländer durch. Die Schüler sind im Alter von 3 – 80 Jahren und kommen aus allen Klassen und Schichten der Bevölkerung. Am Institut werden wöchentliche Diskussionen zu aktuellen Geschehnissen aus dem In- und Ausland durchgeführt. Die Kolumne reflektiert die in diesen Diskussionen geäußerten Ansichten der tansanischen Kursteilnehmer. +255 756 044 071 iltc-tz@web.de

Nahrungsmittelhilfe in Deutschland?

„In der BRD gibt es in Städten und Gemeinden 800 sog. Tafeln, sprich Verteilungsstellen von in Supermärkten ablaufenden (Verfallsdatum) Lebensmitteln, die von 38.000 Ehrenamtlichen herangeschafft und verwaltet, gegen "Berechtigungscheine" an Bedürftige - genannt Kunden - abgegeben werden.“ - So lesen wir es auf unserem Bildschirm, (...). Das ist ja dann wohl Nahrungsmittelhilfe, oder? Bei uns in Tansania ist so etwas jedoch keine Hilfe. Es ist das fundamentalste aller Menschenrechte, ohne Nahrung kein Leben und ohne Erde und Regen keine Nahrung, einfacher geht's ja wohl nicht. Unsere Regierung hat Speicher, in denen Nahrungsmittel für Notfälle gelagert werden. Wenn in einem Gebiet die Nahrungsmittel knapp werden, dann wird schon mal die Eisenbahn für den Personenverkehr gesperrt, um Grundnahrungsmittel dahin zu transportieren, wo sie benötigt werden. Dafür werden auch Lastwagen der Armee eingesetzt. Die Regierung informiert die Bevölkerung ständig über den aktuellen Stand der Nahrungsmittelreserven. Es wird versucht die Bauern per Verordnung zu zwingen, genügend Vorräte für die eigene Familie zu behalten und nur Überschüsse zu verkaufen. Jeder große Supermarkt spendet regelmäßig Nahrungsmittel für Kinderheime, Schulen und Krankenhäuser. (...) Und die Verteilung von Nahrungsmitteln ist Routine für die meisten Moscheen und Kirchen. Niemand geht hungrig zu Bett, wenn der Nachbar noch was hat. Das ist einfach so. Und selbstverständlich werden nur Nahrungsmittel erster Qualität weitergegeben, (...).

Wieso, fragen wir uns, kümmert sich nicht die deutsche Regierung um die Nahrungssicherheit ihrer Bevölkerung? Das ist ja wohl der Regierung erste Pflicht und wieso brauchen Leute in Deutschland überhaupt Nahrungsmittelhilfe? Und wozu ein Berechtigungsschein?

Entweder es gibt Nahrungsmittel oder nicht. Wenn nicht, muss die Regierung sie eben beschaffen und verteilen! Und seit wann muss ein Mensch nachweisen, dass er das Recht hat zu essen? Und wieso ist ein Bürger, der sein fundamentalstes Menschenrecht, das auf ausreichende und gesunde Nahrung, einklagt, plötzlich ein Kunde? (...) So diskutieren wir hin und her und eigentlich glaubt niemand so recht an diese Nachricht. (...)

Markt in Tansania

Foto: Fanny Schertzer, CC-BY-SA

Papier zu Migration und Flucht verabschiedet

Ende November 2008 fand die Mitgliederversammlung des Ökumenischen Netzes in Polch statt. Im evangelischen Gemeindehaus verabschiedeten die Mitglieder eine Erklärung zu Flucht und Migration und wählten einen neuen Vorstand.

Nach zweijähriger Diskussion verabschiedete die Mitgliederversammlung 2008 das Papier „Überlegungen zu Migration und Flucht“, das diesem Netz-Telegramm beiliegt. Intensiv diskutierte die Versammlung die Ereignisse um die Abschiebung der kurdischen Familie Yildirim aus dem Kirchenasyl in Koblenz, die für das Netz einer der Anlässe für die intensive Beschäftigung mit dem Thema Flucht und Migration war. Gemeinsam mit den geladenen Gästen Gisela Rubbert (Asylkommission von Pax Christi) und Wolfgang Jungheim (Netzmitglied und Pax Christi Lahnstein) wurden letzte Änderungen am und Ergänzungen zum Papier eingearbeitet. Das fertige Papier fasst das Grundverständnis der Netzmitglieder zu Migration und Flucht zusammen, analysiert beide vor dem Hintergrund globalisierter Wirtschafts- und Herrschaftsverhältnisse und reflektiert die biblischen Grundlagen einer christlichen Option für „die fremden Anderen“ als konstitutiv für die Kirchen.

Das Votum der Mitgliederversammlung für das Papier „Überlegungen zu Migration und Flucht“ beinhaltete die Aufforderung an den Netzvorstand, Wege zur Umsetzung des verabschiedeten Papiers in konkrete Politik für Flüchtlinge und MigrantInnen zu suchen. Dabei wurden vor allem Forderungen aus aktuellen Kampagnen Pro Asyls genannt, die zu unterstützen seien:

So solle angesichts des Sterbens zahlloser Flüchtlinge vor den Außengrenzen Europas dem Seerecht Geltung verschafft, ein sicheres Asylverfahren gewährleistet und Initiativen zur Wiederansiedlung von Flüchtlingen (Resettlement) ergriffen werden (s. Bericht über Save-me-Kampagnen unter „Nachrichten aus der Region“).

Ergänzt werden sollten solche Forderungen durch die Ablehnung eines Gastarbeitermodells und durch eine am Menschen orientierte Wirtschafts- und Handelspolitik. Menschenrechte seien im Rahmen des Schutzes für Flüchtlinge zu sichern.

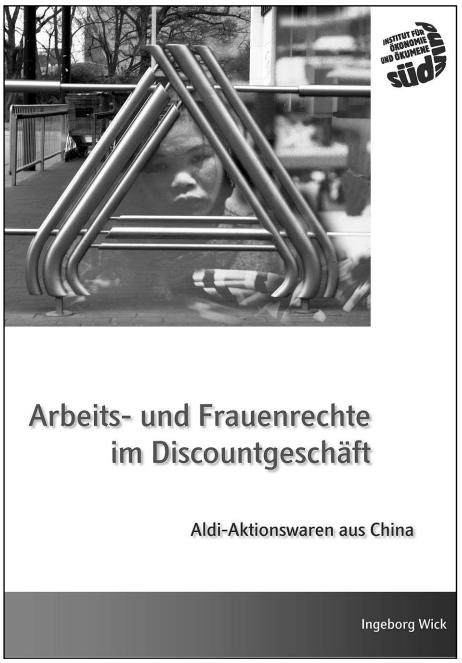
Als Forderungen an die deutsche Politik wurden die Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes und der Meldepflicht, eine gesetzliche Bleiberechtsregelung ohne Stichtag sowie die Unterzeichnung der UN-Wanderarbeiterkonvention durch Deutschland genannt.

Dringend nötig sei ein Rechtshilfefonds, der die Flüchtlinge in der Durchsetzung ihrer Rechte unterstütze.

Mit diesen Forderungen wurde dem bei der Mitgliederversammlung neu gewählten Vorstand ein intensives Arbeitsprogramm aufgetragen. In den geschäftsführenden Vorstand wählte die Versammlung Barbara Bernhof-Bentley (Vorsitzende), Herbert Böttcher (Vorsitzender) und Brigitte Weber (Schatzmeisterin). Im Erweiterten Vorstand sind die gewählten Mitglieder Thomas Braun, Achim Dührkoop, Michaela Mayer, Rainer Möller, Dietrich Polster, Ingo Schrooten, Annemarie Stubbe und Peter Weinowski.

S. Ferenschild

Von links nach rechts: M. Mayer, R. Möller, T. Braun, H. Böttcher, I. Schrooten; vorne: A. Stubbe, B. Bernhof-Bentley, P. Weinowski, B. Weber (nicht auf dem Bild: A. Dührkoop, D. Polster)



Neue Aldi-Broschüre von Südwind

Das Institut Südwind hat eine neue Broschüre zu Aldi herausgebracht:

Arbeits- und Frauenrechte im Discountgeschäft. Aldi-Aktionswaren aus China

Südwind bietet allen interessierten Gruppen Informations-Veranstaltungen und Aktionsvorbereitung zum Thema Aktionswaren bei Aldi (PCs, Textilien etc.) an.

Bei Interesse (für den Zeitraum Februar 2009 bis Juni 2009)
Mail an info@suedwind-institut.de
(Tel.: (0 22 41) 5 36 71)

Impressum:

Netz-Telegramm März 2009

Informationen des Ökumenischen Netzes Rhein-Mosel-Saar

Redaktion: Sabine Ferenschild, Geschäftsstelle des Ökumenischen Netzes,
Pfarrer-Werner-Mörchen-Str. 1, 56564 Neuwied,
Tel. (0 26 31) 35 41 40
e-mail: info(at)oekumenisches-netz.de

Bankverbindung: Sparkasse Koblenz,
Kto. 40 001 877, (BLZ 570 501 20)

Die Arbeit des Ökumenischen Netzes wird gefördert durch Mitgliedsbeiträge, Zuschüsse des eed, aus den Kirchen sowie aus Spenden.

Auflage: 750 März 2009

Layout: Elke Wetzig, Köln
Druck: Knotenpunkt e.V., Buch

Mitglieder stellen sich vor:
Evangelische Kirchengemeinde Maifeld

Wir sind ganz normal

Die evangelischen Kirchengemeinden innerhalb der Volkskirche haben ein ähnliches Gesicht – und wir sehen dabei auch nicht anders aus: Einer großen Anzahl von Mitgliedern (bei uns sind es 2550) steht eine sehr viel kleinere Zahl von regelmäßig Beteiligten (bei uns sind es ca 300) und eine noch kleinere Zahl von Mitarbeitenden (bei uns sind es 120) gegenüber. Unsere Arbeit geschieht in den typischen Aufgabenbereichen der Volkskirchengemeinden: Gottesdienste, Amtshandlungen, Kinder- und Jugendarbeit, Konfirmandenunterricht (KU), Kirchenmusik, Seelsorge, Erwachsenenbildungsgruppen, Vorbereitungsgruppen (KU und Gottesdienste), Gemeindeleitung (Presbyterium) mit verschiedenen Ausschüssen. Aufgrund unserer Diasporasituation (nur 10 % Evangelische in 27 Dörfern) spielt die (ökumenische) Zusammenarbeit eine große Rolle (mehr als 10 Schulen, etliche Kindergärten, 3 Pfarreiengemeinschaften und viele Kommunalgemeinden sind unsere Gegenüber). Die Gemeindearbeit wird von zwei Hauptamtlichen, drei Nebenamtlichen und vielen Ehrenamtlichen getragen.

Wir sind ein bisschen außergewöhnlich

Wir wollen eine prophetische Gemeinde sein. Diese programmatische Formel unseres vormaligen Gemeindepfarrers Günter Reese ist in der Gemeinde weiterhin präsent und bedeutet für uns politischen Widerspruch gegen Ungerechtigkeit und Parteinahme für die Unterdrückten. Wir versuchen diesem Anspruch in unseren Gottesdiensten und in anderen öffentlichen Auftritten gerecht zu werden. Die Mitgliedschaft im Ökumenischen Netz (als Teil der Kirchengemeinde Mayen – seit 2004 sind wir selbstständig – Gründungsmitglied) und die Mitarbeit bei dem Papier „Das Ganze verändern“ steht in dieser Tradition.

Unser Engagement für Benachteiligte verstehen wir in Abgrenzung zu „süßer Wohlfahrt“ als aktive „Compassion“:

Wir sind Mitträger beim „Münstertreff“, einer Gemeinwesenarbeit mit angegliederter Spiel- und Lernstube zur Unterstützung und Begleitung der sozial Benachteiligten auf dem Maifeld. Neben der materiellen Unterstützung ist für uns die soziale Integration wichtig. Nicht Armenfürsorge, sondern das Leben an der Seite der Armen ist die Absicht.

Bei unserem Partnerschaftsprojekt ekupholeni, einem psychologischen Anti-Aids- und Anti-Armuts-Projekt in den Townships von Johannesburg in Südafrika, spielt das gegenseitige voneinander Wissen und das Wahrnehmen des Leidens durch Begegnungen, Infoveranstaltungen und thematische Gottesdienste die wichtigste Rolle.

Wir wollen eine lebendige und einladende Gemeinde sein. Dabei geht es uns um Kooperation auf Augenhöhe und Sprachfähigkeit vieler in Glaubenssachen. Die Dominanz des Pfarrers in allen Bereichen des Gemeindelebens von der Verkündigung über Repräsentanz bis zu Managementfunktionen gilt es abzubauen. Sie ist Ausfluss einer Entwicklung, die wesentlich mit Ausübung und Delegation von Macht in den unterschiedlichen historischen Ausprägungen zu tun hat. So werden z.B. unsere „Gottesdienste von uns für euch“ einmal im Monat am Sonntag selbstständig und selbstbewusst von vielen Gemeindegruppen gestaltet und gehören zum Selbstbewusstsein unserer Gemeinde.

Kontakt

Wolfram Stille, Ingo Schrooten

Uhlandstr 9, 56751 Polch
Tel.: 02654/964170;
www.Evangelisch-im-Maifeld.de

Nachrichten aus der Region

Save me Neuwied gegründet

Deutschland sollte jedes Jahr ein Kontingent an Flüchtlingen aus den Erstzufluchtsstaaten aufnehmen und dauerhaft integrieren. Das fordern verschiedene gesellschaftliche Gruppen: Wohlfahrtsverbände, Kirchen, Menschenrechts- und Flüchtlingsorganisationen. Mit Unterstützung von Pro Asyl haben sie die „Save me – Kampagne“ ins Leben gerufen, die seit Anfang Februar auch in Neuwied unterstützt wird. Neben Bad Kreuznach, Mainz und der Pfalz ist Neuwied damit die vierte Save-me-Initiative in Rheinland-Pfalz – neben 19 weiteren bundesweit.

Die Idee, regelmäßig Flüchtlinge aus den Flüchtlingslagern der Erstaufnahmestaaten heraus zu holen und ihnen eine Lebensperspektive zu bieten, ist nicht neu. „Neuansiedlung“ oder „Resettlement“ heißt dies in der Fachsprache und wird zum Teil seit Jahrzehnten von Staaten wie den USA, Kanada, Schweden oder Norwegen durchgeführt.

Damit auch Deutschland regelmäßig Flüchtlinge im Rahmen dieses Resettlement-Programms aufnimmt, werden in immer mehr Städten Save me-Kampagnen ins Leben gerufen, mit denen PatInnen ihre Bereitschaft erklären, zur Integration von Flüchtlingen in ihre Gemeinden aktiv beizutragen. Über die Stadträte soll Druck auf die Bundesregierung ausgeübt werden, die existierenden rechtlichen Voraussetzungen für dieses Programm auszuschöpfen und durch ein regelmäßiges Aufnahmeprogramm Flüchtlingen eine sichere Lebensperspektive in Deutschland zu bieten.

Infos zur Kampagne unter:
www.save-me-neuwied.de
www.save-me-badkreuznach.de
www.save-me-pfalz.de
www.save-me-mainz.de

Gaza – Kein Frieden möglich?

Zum Jahreswechsel 2008 / 2009 eskalierte der Nahostkonflikt. Der Krieg Israels gegen die Hamas in Gaza, der in einem furchtbaren Ausmaß die Bevölkerung von Gaza traf und noch trifft, führte auch in unserer Region zu zahlreichen Solidaritätsaktionen mit den Menschen in Gaza. Mahnwachen wie z.B. in Neuwied riefen während des Krieges zum sofortigen Waffenstillstand auf, in Veranstaltungen wurden Hintergründe und Zusammenhänge reflektiert, wie u.a Anfang Februar bei einem Abend im Haus Wasserburg / Vallendar mit dem Referenten des Versöhnungsbundes, Clemens Ronnefeldt, zum Thema „Gaza – Kein Frieden möglich?". Neben den Gastgebern hatten zu dieser Veranstaltung eingeladen die KHG Koblenz, die KSJ Trier, der Friedensdienst EIRENE und das Ökumenische Netz.

C. Ronnefeldt bettete den jüngsten Krieg ein in die leidvolle Geschichte zwischen Israelis und PalästinenserInnen, erläuterte die Rolle der Wahlen in Israel und des Irans für den Krieg und diskutierte eine Zwei-Staaten-Lösung mit den Teilnehmenden. Seine schriftlichen Analysen haben wir auf der Netz-Homepage zugänglich gemacht und durch verschiedene weitere Texte und Links ergänzt.

Mitgliedern des Netzes, die keinen Zugang zum Internet haben, schicken wir die jüngsten Texte von Clemens Ronnefeldt gerne kostenlos zu.

http://www.oekumenisches-netz.de/frieden.htm

Freiwilliges Ökologisches Jahr im Friedens- und Umweltzentrum Trier!

Die BUND KG Trier-Saarburg bietet in Kooperation mit dem Weltladen der AG Frieden in Trier die Möglichkeit, ab 1. August 2009 ein Freiwilliges Ökologisches Bildungsjahr (FÖJ) im Bereich Umwelt- / Naturschutz, Umweltbildung und Fairer Handel zu absolvieren.

Bewerbungsschluss ist der 15. Mai. Die Stellenausschreibung finden Sie unter: www.vor-ort.bund.net/trier-saarburg. Weitere Informationen zum FÖJ unter www.foej-rlp.de

Ansprechpartner:

Hermann Anell u. Markus Pflüger, AG Frieden, agf-trier@t-online.de, Tel: 0651/9941017

EGION · VERANSTALTUNGEN IN DER REGION

März

14.3., Bistum Trier

Bolivienkleidersammlung

17.03., 19.30h, Christuskirche Koblenz

Sozialforum Koblenz

Thema: Armut und Tafelbewegung – mögliche Aktionen

28.03.,12h, Frankfurt / Berlin

Demonstrationen "Wir zahlen nicht für eure Krise - für eine solidarische Gesellschaft"

Kontakt: Bundesbüro attac Deutschland, Münchener Str. 46, 60329 Frankfurt, Tel.: (0 69) 90 02 81 - 0,

Internet: http://www.28maerz.de

April

4.04., Kehl/Strasbourg (F)

Ostermarsch BaWü 2009 "51 Jahre Ostermarsch: Nein zur Nato, Nein zum Krieg!"

Demonstration von Kehl nach Strasbourg zur Abschlußkundgebung der Anti-NATO-Demonstration Kontakt: Friedensnetz Baden-Württemberg, Spreuergasse 45, 70372 Stuttgart, Tel.: (07 11) 6 07 17 86,

Internet: http://www.friedensnetz.de

11.04., 12h, Ramstein/Landstuhl

Ostermarsch 2009 "Deutschland - Gefallen in Afghanistan. - Wie schaffen wir ohne Waffen Frieden in Afghanistan?"

Auftakt: 12 Uhr, am Parkplatz zur Auffahrt ans Westtor der Air Base Ramstein (zw. Landstuhl + Ramstein), anschl. Marsch nach Landstuhl; dort: Abschlußkundgebung ca. 13.30 Uhr, vor der Stadthalle, Lothar-Sander-Platz; Redner: Major Florian Pfaff, VA: FIW

Kontakt: Friedensinitiative Westpfalz (FIW) c/o Detlev Besier, Vordere Fröhnstr. 7, 66849 Landstuhl, Tel.: (0 63 71) 24 96

Internet: http://www.friedensinitiative-westpfalz.de

28.4., 19h, Schulzentrum Mülheim-Kärlich

AIDS geht alle an ! Ein Informationsabend mit dem AIDS-TRUCK von MISSIO für Jugendliche und junge Erwachsene

Referent: Truckbegleitung, Pastoralreferent Uli Britten

Anmeldung: Bis zum 22.April 2009 bei Uli Britten, Dekanat Andernach-Bassenheim, Rheinstr. 9, 56220 Urmitz, Tel.: (0 26 30) 8 43 49

Mai

26.5., 19.30h, Christuskirche Koblenz

Sozialforum Koblenz: Kapitalismus in Krisenzeiten (Arbeitstitel)

Referent: Robert Kurz / Exit

Infos: Ökumenisches Netz

Juni

6.6, 9.30-15h, Ort noch unklar

Netzversammlung

voraussichtliches Thema „Krise der Finanzmärkte – Krise des Kapitalismus"

28.6., 9h, Koblenz, St. Josef

Solidaritäts-Fahrradtour

der Dekanate Koblenz und Andernach-Bassenheim im Rahmen von Tal total. Eingeladen sind Jugendgruppen, junge Erwachsene, Familien... Unterstützt wird die Kampagne „Wir befreien einen Steinbruch", Abfahrt ab 9.00 Uhr in Koblenz, St.Josef

Infos: Werner Huffer-Kilian, Tel.: (0 26 30) 21 39

Wanderausstellung

„Der Armut in Koblenz ein Gesicht geben"

15.-30.03.09
Pfarrgemeinde in Weitersburg

20.04.09-04.05.09

Johannesgymnasium Lahnstein

07.05.-20.05.09

Mampf

22.05.-05. Juni 09

City-Kirche, anlässlich des Tags der Ökumene

Nein zum Krieg!
Nein zur NATO !

Sie reden von „Sicherheit" und „Humanität", doch ihre Politik hat Krieg, Folter und globale Militarisierung zur Folge. Anfang April 2009 will die NATO in Strasbourg und Baden-Baden ihren 60. Geburtstag feiern. Sie beabsichtigt, ein neues strategisches Konzept zu verabschieden, das – wie das bisherige - der Aufrechterhaltung der ungerechten Weltwirtschaftsordnung dient und den ungehinderten Zugang zu den Rohstoff- und Energievorräten der Welt mit militärischer Gewalt zu sichern versucht. Die NATO schließt dabei weder Präventivkriege noch den Ersteinsatz von Atomwaffen aus. Die NATO-Staaten verantworten rund 75% der weltweiten Rüstungsexporte und geben jährlich ca. 900 Mrd. Euro für Rüstung aus. Nur 10% davon würden ausreichen, um die Armut auf der Welt zu halbieren. Das würde in der Tat mehr "Sicherheit" und „Humanität" bedeuten. Bewusst werden diese immensen Rüstungsausgaben in immer neue Waffensysteme und Rüstung gesteckt, um die Vorherrschaft in der Welt zu sichern.

Die Konsequenzen dieser Politik sind:

- der völkerrechtswidrige NATO-Angriffskrieg gegen Jugoslawien und die nun erfolgte einseitige staatliche Anerkennung des Kosovo;
- die NATO-Ost-Erweiterung (unter Bruch eines bei der Wiedervereinigung Deutschlands gegebenen Versprechens), die zur Konfrontation mit Russland und zur Destabilisierung in Europa führt. Die Konflikte um Georgien und die Ukraine sind Ergebnis dieser Logik;
- der Aufbau eines Raketenschildes in Osteuropa;
- die Militarisierung der EU;
- die fatalen Kriege in Afghanistan (die NATO ist Träger der ISAF) und im Irak (die Koalition der Willigen besteht weitgehend aus Mitgliedern der NATO);
- die Abschottungspolitik gegenüber den durch Armut, Hunger, Krieg und Umweltzerstörung verursachten Flüchtlingsströmen.

Das alles ist nicht weit weg, sondern hat auch in Rheinland-Pfalz, im Saarland und Luxemburg seine Basis:

- ➔ der Einsatz für die Kriege in Afghanistan und im Irak werden über die US-Kriegsflughäfen in Ramstein und Spangdahlem logistisch abgewickelt
- ➔ im rheinland-pfälzischen Büchel lagern nach wie vor US-Atomwaffen unter deutscher Teilhabe
- ➔ die Soldaten des Fallschirmjägerbataillons 263 Zweibrücken und der „Saarlandbrigade" in Saarlouis sind regelmäßig in Afghanistan im Einsatz.
- ➔ in Luxemburg sind die Awacs Aufklärungsflugzeuge der Nato immatrikuliert, die im Dienste der USA ihre Aufklärungsarbeit im Mittleren Osten fortsetzen, obschon die luxemburgische Regierung sich vom us-amerikanischen Angriff distanziert hatte.

Die NATO-Staaten wollen in diesem Jahr das Militärbündnis als Erfolg feiern und ihre aggressive Sicherheitsstrategie erweitern. Wir sagen auch angesichts der Standorte in der Region:

NEIN zu dieser Kriegsmaschinerie, Kein Friede mit der NATO!

Wir fordern: Abrüstung statt Sozialabbau, Fluchtursachen bekämpfen nicht Flüchtlinge!
Nein zu Grundrechte- und Demokratieabbau, Nein zu zivilmilitärischer Kooperation und Bundeswehr/Militärwerbung (an Schulen, in Arbeitsagenturen, durch Gelöbnisse und Benefizkonzerte), Abzug der Bundeswehr und aller anderen NATO-Truppen aus Afghanistan, Auflösung der NATO!

Unser Ziel ist eine Welt ohne Militär und Krieg, eine Welt der sozialen und wirtschaftlichen Gerechtigkeit, eine Welt, die ökologische Krisen verhindern kann. Wir wollen eine Welt der internationalen Solidarität!

Wir rufen am bundesweiten Aktionstag am Sa 14.03.2009 gemeinsam zu Demonstrationen auf:

- • **in Saarbrücken**: ab 11h Kundgebung mit Kultur Bahnhofstr. (Höhe Thalia), Kontakt: no-nato-saar@gmx.de
- **in Koblenz**: Details stehen noch nicht fest, Kontakt: info@oekumenisches-netz.de
- **in Trier**: 12 - 14h Mahnwache am Pranger Kontakt: agf-trier@t-online.de außerdem folgend Aktionen/Infostände:
- **in Mainz:** Sa 28.2. und 7.3. Infostände in der Innenstadt jeweils 11-15h, Kontakt: dfgvkmz@web.de
- **in Kaiserslautern/Landstuhl:** Fr 6.3. 8.30-13h Markt in Landstuhl, Stadthalle; Sa 7.3. 9h Kaiserslautern, Stiftskirche
- **in Ramstein:** Sa 7.3. 15h Friedensgebet an der Air Base Kontakt: friedensinitiative@gmx.de
- **in Luxemburg**: Sa 21.3.15h Capellen, Mahnwache vor der Namsa NATO-Agentur für Materialerhaltung u. Ersatzteilversorgung, Kontakt: friddensinitiativ@internet.lu Bundesweite Termine: www.friedenskooperative.de

Entzieht dieser Politik die Legitimation! Beteiligt Euch an den grenzüberschreitenden Protesten gegen den NATO-Gipfel z.B. am 14. März vor Ort und im April 2009 in Strasbourg/ Kehl / Baden-Baden.
Die Protestaktivitäten anlässlich des NATO-Gipfels in Strasbourg bestehen aus einer Demonstration (Sa 4. April), einer internationalen Konferenz (Do. 2. April, bis So. 5. April), einem internationalen Widerstands-Camp (Mi.1. bis So. 5.4.) sowie Aktionen des zivilen Ungehorsams. **Informationen: www.no-to-nato.org**

Unterstützer: AG Frieden Trier, Pax Christi Trier, DFG-VK Trier/Mainz/ARE/ LV RLP, Sozialforum Trier, NO-NATO- Saar, Friedensnetz Saar, Libertad! Saarbrücken; Pax Christ Saar, DKP Saar, LAG Frieden und internationale Politik: die LINKE Saar, Initiative Menschenrechte Saarbrücken, Antinationale Offensive Saar, Friedensinitiative Westpfalz, Ökumenisches Netz Rhein-Mosel-Saar, Aus Luxemburg: Friddensinitiativ, Attac, UNEL, Infoladen, MAR,KPL, déi Lenk, JK, jonk Lenk; Friedensgruppe Daun, Vereinigung Bürger für Bürger Bernkastel-Wittlich (Stand 12.2.09 10h weitere Unterstützer an agf-trier@t-online.de)